

GRÜNES BLÄTTCHEN



Nr. 87 Oktober 2018

- **Machtspiele der GroKo**
- **100-jährige Linde gerettet**
- **Schulbaupreis 2018 für Grundschule**
- **Reden statt Roden**
- **Plakat „Stoppt Braunkohle“**
- **Veranstaltung mit Oliver Krischer**
- **Kohleausstieg als Chance begreifen**
- **Hochwasserrückhaltebecken**
- **Nisthilfen-Bastelaktion**





INHALT

SEITE 3: Machtspiele der GroKo

SEITE 5: 100-jährige Linde gerettet

SEITE 7: Schulbaupreis Grundschule

SEITE 10: Reden statt Roden

SEITE 12: Plakat „Stopt Braunkohle“

SEITE 14: Veranstaltung mit Oliver Krischer

SEITE 15: Kohleausstieg als Chance begreifen

SEITE 19: Hochwasserrückhaltebecken

SEITE 22: Termine

SEITE 23: Nisthilfen-Bastelaktion

SEITE 24: Aus dem Gemeinderatsleben

HERAUSGEBER:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Roetgen
Rommelweg 35
52159 Roetgen
Tel.: 02471/2756
e-mail: gruene-roetgen@web.de
Internet:
www.gruene-roetgen.de
Auflage: 4000 Stück
Redaktionsschluss: Oktober
2018

FRAKTION IM ROETGENER
RAT
c/o Gerd Pagnia
Jennepeterstr. 4a
52159 Roetgen
Tel.: 02471/4953
e-mail: gpagnia@web.de
V.i.S.d.P.:
Gerd Pagnia



MACHTSPIELE DER GROKO

Erstaunliches Demokratieverständnis!

Über das Demokratieverständnis von Teilen des Gemeinderates kann man sich nur wundern.

Die Ausschüsse im Roetgener Gemeinderat mussten neu besetzt werden, weil Herr Nießen seine Fraktion, die UWG, verlassen hat und mit seinem Ratsmandat zur SPD gewechselt ist. - Was seine Wähler, die ihre Stimme ja der UWG und nicht der SPD gegeben haben, davon halten, kann man sich vorstellen! - Durch diese Mandatsverschiebung zugunsten der SPD verfügen nun SPD und CDU über 50 % der Sitze im Gemeinderat.

Nach meinem Demokratieverständnis sollten die Ausschüsse natürlich diese Mehrheitsverhältnisse wiedergeben. Und das entspricht auch den gesetzlichen Vorgaben, die eine Spiegelbildlichkeit der Ausschüsse in Bezug auf den Gemeinderat vorsehen. Hätten wir die bisherigen Ausschüsse mit einer Größe von 16 Mitgliedern bestehen lassen, wäre das genau der Fall gewesen. Dann hätten SPD und CDU zusammen 8 Stimmen gehabt, also 50 %. Doch das reichte ihnen offensichtlich nicht.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurden von SPD und CDU gemeinsam mit Hilfe der beiden Stim-

men der FDP alle Ausschüsse auf 13 Mitglieder verkleinert. Dadurch haben die GRÜNEN und die PRB in den wichtigsten Ausschüssen jeweils einen Sitz verloren und SPD und CDU alleine die absolute Mehrheit! Was die FDP verleitet hat, sich selbst ihrer Mitbestimmungsmöglichkeit zu berauben, kann ich nur vermuten!

Na und?

werden Sie sich vielleicht fragen. Im Gemeinderat stimmen die Mehrheitsverhältnisse ja wieder.

Viele Menschen glauben, dass in den Ausschüssen nur vorberaten und im Rat letztlich entschieden wird. Das stimmt aber leider nur zum Teil. Vor allem im Bauausschuss können schwerwiegende Entscheidungen im Alleingang von SPD und CDU beschlossen werden. Dazu gehören z. B. die Genehmigung von Bauvorhaben, was unter Umständen gravierende Auswirkungen auf die Dorfgestaltung haben kann. Oder die Anschaffung von Geräten und Fahrzeugen oder die Genehmigung von Baumaßnahmen der Gemeinde jeweils bis zu einem Betrag von 50 000 Euro, was den Gemeindegeldern auf Kosten des Steuerzahlers nicht unerheblich belasten könnte.



Maulkorb für die Opposition?

Mit ihrer absoluten Mehrheit in den Ausschüssen hätten SPD und CDU in schwierigen Situationen tatsächlich auch die Möglichkeit, Aussprachen zu beenden oder sogar zu verhindern! Vielleicht erklärt das das Abstimmungsverhalten der FDP? In der entscheidenden Ratssitzung beschwerte sich Herr Dr. Dittmer nicht zum ersten Mal, dass die kleinen Fraktionen immer Ärger machten, sich ständig zu Wort meldeten und die Ausschusssitzungen unnötig in die Länge gezogen würden. (Vergessen hat er dabei, dass er selber zu der kleinsten Fraktion gehört.....) Ihm persönlich sind nach eigener Aussage viele Sitzungen zu lang!

Aber nur, weil Herr Dr. Dittmer früher nach Hause möchte, werden wir uns nicht den Mund verbieten lassen und uns immer dann zu Wort melden, wenn es der Sache dienlich ist. Wenn man uns dieses Recht nehmen will, werden wir uns zu wehren wissen.

Gerd Pagnia





100-JÄHRIGE LINDE GERETTET

Hinter dem Kindergarten „Wackelzahn“, neben dem Spielplatz an der Marienkapelle, baut die Städte-Region einen neuen Kindergarten. Das ist eine sinnvolle Maßnahme, weil der Bedarf an Kindergartenplätzen beständig steigt. Darin waren sich auch alle Ratsfraktionen einig.

Allerdings waren wir sehr erschrocken, als wir bei der Durcharbeitung der Beschlussvorlage ganz versteckt Hinweise darauf fanden, dass die uralte Linde hinter dem bestehenden Kindergartengebäude „entnommen“ werden sollte. Entnommen meint natürlich fällen. Diese Linde ist über 100 Jahre alt, hat zwei Weltkriege überlebt und bis heute den ehemaligen Schulhof und das ganze Ensemble gestalterisch geprägt.

Auf unsere Fragen im zuständigen Bauausschuss, warum die Fällung der Linde geplant sei und welche alternativen Möglichkeiten es gebe, bekamen wir von den Planern nur äußerst unbefriedigende Antworten. So sei die Zufahrt nur an genau dieser Stelle möglich, da sonst zuviel Gefälle ausgeglichen werden müsse, was sich als nicht richtig herausgestellt hat. Drohszenarien wurden an die Wand gemalt. Eine Änderung der Pläne würde enorme Kosten verursachen (60 000 Euro) und zu unvermeidbaren zeitlichen Verzögerungen führen ...

Durch die vehemente Infragestellung dieser Behauptungen durch die Grünen und einen Presseartikel kam Bewegung in die Sache. Bei einer Kampfabstimmung entschied der Gemeinderat am 26.06.18, die Linde zu erhalten. Dabei kam uns die Gemeindeordnung zu Hilfe.

Die Abstimmung war denkbar knapp: 15 zu 15 Stimmen gegen den Antrag die Linde abzuholzen. Hätte der Bürgermeister umgekehrt abstimmen lassen, also den Antrag, die Linde bestehen zu lassen, zur Abstimmung gestellt, wäre dieser Antrag abgelehnt worden. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag nämlich immer abgelehnt. Wir hatten also ein wenig Glück.

Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass wir recht hatten!

Die teilweise hanebüchernen Argumente von Seiten der StädteRegion, mit denen im Vorfeld versucht worden war, eine Änderung des Planes zu verhindern, haben sich alle als falsch herausgestellt:

Behauptung 1: Eine Umplanung kostet mindestens 60 000 Euro kosten. (Konnte im Nachhinein nirgendwo belegt werden!)

Behauptung 2: Eine Planänderung bedeutet eine Verzögerung von einem halben Jahr. (Die Verzögerung



beläuft sich auf allenfalls 3 Monate.)

Behauptung 3: Es ist nicht klar, wer die Mehrkosten zu tragen hat. Vermutlich würden die enormen Mehrkosten zu Lasten der Gemeinde gehen. (Die Kosten trägt die Städte-Region als Auftraggeber und Bauherr, wenn es überhaupt zu Mehrkosten gekommen ist.)

Auch die erstaunliche Behauptung, dass ein Baum für Kinder zu gefährlich sei, weil Äste herunterfallen könnten (Aussage Herr Nießen, ehemals UWG jetzt SPD) ist ja wohl nicht ernst zu nehmen. Mit dieser Argumentation müsste der neu gegründete Waldkindergarten in Rott doch sofort geschlossen werden!

Dass sich einige von der SPD noch nicht damit abgefunden haben, dass sie bei der entscheidenden Abstimmung unterlegen waren, zeigt eine Aussage von Herrn Mulorz im letzten Gemeinderat, der behauptete, dass die Umplanung 70 000 € gekostet habe. Er konnte das natürlich auf Nachfrage nicht belegen. Aber warum sagte er

das? Vor allem ist er derselbe, der sich mit den Grünen für eine Baumschutzsatzung eingesetzt hat. Rätselhaft...

Es ist manchmal ein bisschen mühsam, wenn man sich für den Erhalt eines alten Baumes einsetzt, aber es lohnt sich, finden wir.

Gerd Pagnia





SCHULBAUPREIS 2018

Roetgener Grundschule ausgezeichnet

In guten Schulgebäuden lernt man besser. - Mit dieser Überzeugung vergaben das Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW und die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr zum dritten Mal den „Schulbaupreis NRW“. Vorrangiges Ziel der Auslobung dieses Preises ist es, die Bedeutung der Architekturqualität von Schulgebäuden herauszustellen und ihren nachhaltigen, positiven Einfluss auf die pädagogische Arbeit in der Schule zu betonen. 50 Schulen aus NRW hatten sich beworben. Unter ihnen wählte eine unabhängige Jury 12 Schulen als gleichrangige Preisträger aus.

Und eine davon ist unsere Grundschule!

Am 24. September fand die öffentliche Preisverleihung in Bochum statt. Auch wenn der Preis nicht mit finanziellen Anreizen verbunden war, ließen es sich die Vertreterinnen und Vertreter der Schule, der Gemeinde Roetgen und natürlich des Architekturbüros nicht nehmen, die begehrte



Auszeichnung persönlich in Empfang zu nehmen. Es ist eine verdiente Anerkennung der Leistung aller Beteiligten: wertvolle pädagogische Arbeit in einem in gestalterischer und pädagogischer Hinsicht herausragenden Gebäude.



Von links:

- Susanne Kahl, Konrektorin
- Jorma Klaus, Bürgermeister der Gemeinde Roetgen
- Susanne Bortot, Schulleiterin
- Kilian Kada (kadawittfeldarchitektur)
- Dirk Meyer, Bauamtsleiter der Gemeinde Roetgen
- Ulf Wimmers, Architekt (kadawittfeldarchitektur)

Gründe der Jury für die Verleihung des Preises

„Das architektonische Konzept, die zahlreichen An- und Umbauten mit dem Neubau hinter einer einheitlichen Fassade zu vereinen, überzeugt die Jury. Insbesondere der Umgang mit der vorhandenen Topografie, die dazu genutzt wird, den Bürgersaal unter die Erde zu legen, damit keine Pausenfläche verloren geht, wird gelobt. Der Pausenhof wird zum zentralen Element von Gesamtschule, offenem Ganztags und Bürgersaal. Die Einbindung des Bürgersaals in das Gesamtkonzept der Schule ist genauso gelungen wie die Farbauswahl, die im Innenraum deutliche und mutige Akzente setzt. Den Schülern stehen durch das räumliche Konzept neben einer modernen, multimedialen Ausstattung auch zahlreiche Kultur- und Bewegungsangebote zur Verfügung.“



„Der Präsident der Architektenkammer NRW, Ernst Uhing, ergänzte, dass Schule heute nicht nur Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche sei, sondern zunehmend auch Funktionen für den jeweiligen Stadtteil übernehme: „Schulen waren schon immer öffentliche Orte“, so Uhing. „Heute sind sie immer öfter auch Orte für die Öffentlichkeit.“ Exemplarisch dafür die Auszeichnung für die Gemeinde Roetgen, die mit der Erweiterung und Sanierung ihrer Ganztagschule auch einen neuen Bürgersaal geschaffen hatte (kadawittfeld architektur).“

Quelle: <https://www.aknw.de/nc/aktuell/meldungen/detailansicht/artikel/besser-lernen-in-schoeneren-schule/>

Astrid Pagnia





REDEN STATT RODEN DER HAMBACHER WALD



Tausende von Menschen zieht es an den Wochenenden in den Hambacher Wald. Menschen, die ihre Solidarität mit den Waldbewohner*innen zum Ausdruck bringen wollen. Menschen, die den Hambacher Wald einmal sehen wollen, bevor RWE ihn komplett weggebaggert hat. Menschen, die die Untätigkeit der Bundesregierung nicht länger hinnehmen wollen, sondern endlich Taten sehen

wollen im Kampf gegen die Klimakrise.

Die Auseinandersetzungen im Wald zwischen RWE und Waldschützer*innen nehmen immer absurdere Formen an. Dass der Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft Michael Mertens sagt: „Erst reden, dann roden. Das Thema muss zuerst ausdiskutiert werden, bevor RWE Fakten schafft“, ist beachtlich (AZ, 13.9.2018). Und dass mehrere Verleihfirmen ihre Hebebühnen für den Zweck, nämlich die Räumung der Baumhäuser, nicht mehr zur Verfügung stellen wollen, ist auch beachtlich.

„Noch ist es nur ein Gefühl“

Das schreibt Marlon Gego am 22.9.2018 in der AZ. „Im Hambacher Forst gibt es Polizisten, die glauben, dass etwas im Wandel begriffen ist, dass vergangenen Sonntag, als mindestens 5000 Menschen im Hambacher Forst bei Waldführer Zobels Sonntagsspaziergang waren, eine Zeitenwende initiiert worden sein könnte.“

Noch ist es nur ein Gefühl, aber wir spüren es immer deutlicher, dass die Stimmung in der Gesellschaft kippt, und dass immer mehr Menschen den schnellen Ausstieg aus der Braunkohle fordern.

Reden statt roden!

Oliver Krischer: „Die Kohlekommission kann nicht ernsthaft nach Lösungen suchen, wenn im Hambacher Wald gleichzeitig unter massiven Polizeischutz Jahrhunderte alte Eichen fallen. Wenn die Bundesregierung die Arbeit



der Kohlekommission ernst nimmt, dann muss sie dafür sorgen, dass im Hambacher Wald die Kettensägen ausbleiben. Es kann doch nicht sein, dass der Wald gerodet, aber die darunter liegende Kohle am Ende gar nicht mehr abgebaut wird. Ein Kohlekonzern, der im Rheinland für seine Tagebau Flüsse, Dörfer und Autobahnen wie Spielzeug verlegt, ist auch in der Lage so zu baggern, dass der Rest des Hambacher Waldes erhalten werden kann.“

Antje Grothus, Buirer für Buir: „Ich denke, wir stehen an einer Weggabelung. Entweder machen wir weiter wie bisher, oder wir entscheiden uns, dass wir jetzt mal etwas zukunftsweisend anders machen. Und ich glaube, an dieser Frage entzündet sich die Diskussion um den Hambacher Wald.“

Der Hambacher Wald ist eine Arche

„Der Hambacher Wald ist einer der seltenen natürlich wachsenden Wälder in Deutschland. Die Bäume wachsen, wie sie wollen, mit Pilzen zwischen den Wurzeln und Sämlingen rund um den Stamm. Sie drängen zum Licht, faulen, sterben, fallen und sind tot eine Quelle des Lebens für Würmer, Käfer, Spechte, Fledermäuse. Wenn der Wald verschwindet, stirbt die Hoffnung, dass die Tiere und Pflanzen sich eines Tages in der zersiedelten Region ausbreiten können.

... Wie eine Arche erhebt sich der Hambacher Wald zwischen Äckern und dem größten Braunkohletagebau Deutschlands.“ (aus: Ulrike Fokken, Wenn der Wald spricht, taz 18.9.2018)

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es für uns nicht möglich, Sie hier über die Entwicklungen im Hambacher Wald aktuell zu informieren. Zu viel Unerwartetes passiert dort vor Ort. Vielleicht hat RWE schon mit den Rodungen begonnen, wenn Sie dieses Blättchen in den Händen halten. Vielleicht gibt es ein Moratorium, vielleicht hat das OVG in Münster zugunsten des Waldes entschieden...

Mit dem Protestplakat im Innenteil unseres Blättchens können Sie Ihre Solidarität bekunden.

Christa Heners

Die Sonntagsspaziergänge mit Michel Zobel gehen weiter. Infos und Termine finden Sie hier:

<http://naturfuehrung.com/hambacher-forst/>

Die Grünen und der Hambacher Wald: Fragen und Antworten zur Kohlepolitik aus der Landtagsfraktion:

<https://gruene-fraktion-nrw.de/hambacherwald>

A black silhouette of a hill with several trees and buildings on top. A small red heart is positioned above the text.

HAMBACHER FORST
BLEIBT!

**STOPPT
BRAUN**



KOHLE!



VERANSTALTUNGSHINWEIS

„Den Kohleausstieg als Chance begreifen“

Info- und Diskussionsabend mit Oliver Krischer
Freitag, 26. Oktober, 19.30 Uhr im Brunnenhof,
Hauptstr. 68, Roetgen



Oliver Krischer ist der Kandidat der Grünen für das Amt des Städteregionsrates. Als langjähriger Sprecher für Energiepolitik in der Bundestagsfraktion ist er Spezialist für die Energiethemen, die diese Region hier aktuell sehr stark bewegen: Tihange und Braunkohle.

In diesem Herbst soll die Kohlekommission der Bundesregierung ein Ausstiegsszenario und notwendige Schritte für den Strukturwandel in den deutschen Braunkohlerevieren entwerfen. Dabei ist die Frage nicht, ob Deutschland aus der Braunkohleförderung aussteigt, sondern wann und wie. Oliver Krischer plädiert dafür, den Kohleausstieg für die

wirtschaftliche Entwicklung der Region endlich als Chance zu begreifen.

An diesem Abend wird er seine Pläne für Energiepolitik, Klimaschutz, Verkehrswende und die sich daraus ergebenden positiven Impulse für die Wirtschaft in der Städteregion Aachen vorstellen und mit Ihnen diskutieren.

Oliver Krischer steht gerne auch für weitere Themen und persönliche Gespräche zur Verfügung. Sie sind herzlich eingeladen, unseren Kandidaten kennenzulernen!



KOHLE AUSSTIEG ALS CHANCE BEGREIFEN



Die Förderung und Verstromung der Braunkohle hat die Region zwischen Köln, Bonn, Aachen und Düsseldorf über Jahrzehnte geprägt wie keine andere Industrie. Sie war lange Zeit eine der wirtschaftlichen Säulen der Region, ist aber auch die Ursache zahlreicher Probleme und Konflikte, angefangen bei den Umsiedlungen über zahlreiche Bergschäden bis hin zur Zerstörung von Natur und Landschaft. Der Konflikt um den Hambacher Wald ist aktuell zum Brennpunkt der Debatte über die gesamte Energie- und Klimapolitik Deutschlands geworden. Hier brechen sich die zahlreichen Widersprüche

zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Dabei ist schon lange klar, die Zeit der Braunkohle ist vorbei. Bereits im Jahr 2010 hatte die damalige rot-grüne Landesregierung vereinbart, keine neuen Braunkohletagebaue mehr aufzuschließen. Das bedeutete damals schon nichts anders als den Ausstieg aus der Braunkohle. Bei der aktuellen Debatte geht es also nur noch um das Wie und längst nicht mehr um das Ob des Kohleausstiegs. Es geht jetzt darum, dass der Prozess des Ausstiegs so gestaltet wird, dass er den klimapolitischen Anforderungen genügt und gleichzeitig für die Region möglichst ohne negative strukturelle Konsequenzen bleibt, im Idealfall sogar vom Kohleausstieg profitiert.

Kohlekommission eingesetzt

Bereits im Jahr 2015 hat die rot-grüne Landesregierung politisch entschieden, den Tagebau Garzweiler deutlich zu verkleinern und 1.400 Menschen die Zwangsumsiedlung aus ihrer Heimat zu ersparen. In der Zwischenzeit hat der Deutsche Bundestag das Pariser Klimaabkommen einstimmig ratifiziert und die aktuelle Bundesregierung hat es sich zum



Ziel gesetzt, die Emissionen aus der Energiewirtschaft um 61 bis 62% zu senken. Um Vorschläge zur Umsetzung dieses Ziels zu erarbeiten hat sie eine Kommission aus Vertretern von 31 gesellschaftlichen Gruppen, Wissenschaft, Verbänden und Unternehmen unter dem Titel „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz: Kohlekommission eingesetzt.

Überalterter Kraftwerkspark

Es ist völlig klar, dass die Umsetzung des Ziels der Bundesregierung erhebliche Abschaltungen im stark überalterten Kraftwerkspark des



Rheinischen Braunkohlerevierts in den nächsten Jahren zur Folge haben muss, womit ebenfalls eine deutliche Reduzierung der Abbaulächen für



die Braunkohle einhergehen wird. Überschlägig ist davon auszugehen, dass knapp 50% der genehmigten Tagebauflächen nicht mehr in Anspruch genommen werden müssen und auch nicht dürfen. Davon, wie dieser Prozess gestaltet wird, hängt letztlich dann auch die Frage ab, wann auch die drei BoA-Blöcke in den 2030er Jahren abgeschaltet werden müssen. Aufgrund des Budgetansatzes in der Klimapolitik gilt: Je mehr kurzfristig reduziert wird, umso geringer ist der Druck am Ende des Prozesses.

Glaubensbekenntnisse für die Braunkohle

Die Region sollte sich diesem von der Bundesregierung eingeleiteten Prozess positiv stellen anstatt wie in der Vergangenheit oft geschehen, Glaubensbekenntnisse für die Braunkohle abzugeben. Es gilt, die Angebote der Bundesregierung für Strukturhilfen positiv für die Entwicklung der Region zu nutzen. Dazu gehört auch das ehrliche Eingeständnis, dass die Bedeutung der Braunkohle mit gerade noch einmal gut 1% der Beschäftigten in der Region längst alles andere als dominierend ist. Hinzu kommt, dass bei einem Kohleausstieg 2030 Zweidrittel der heute in Bergbau und Kraftwerken bei RWE beschäftigten Menschen die Altersgrenze für den Ruhestand erreicht haben wird und das verbleibende Drittel noch länger für das Management der Alt- und Ewigkeitslasten der Braunkohle benötigt wird. Dass heute bei RWE Beschäftigte ins „Bergfreie“ fallen, ist von daher schon nahezu ausgeschlossen. Der allgegenwärtige Fachkräftemangel bei Unternehmen in der Region tut dazu ein übriges für Beschäftigte, die von sich aus eine andere Perspektive suchen.

Deshalb macht es keinen Sinn, wenn Hilfen des Bundes unmittelbar an RWE fließen. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese im Konzern versickern oder wie die Milliarden Gewinne aus der Braunkohle in früheren Jahren verzockt werden und nicht der Region zu Gute kommen, spricht dagegen.

Förderung von Infrastruktur-Projekten

Die Region sollte sich im Hinblick auf die avisierten Hilfen des Bundes auf die Förderung von wenigen Infrastruktur-Projekten konzentrieren. Aber leider ist diese Konzentration bisher nicht im Ansatz erfolgt trotz - oder vielleicht gerade wegen - etlicher diesbezüglicher Strukturen. Jetzt rächt sich, dass man im Rheinischen Revier die Debatte über den Kohleausstieg jahrelang nicht wahrhaben wollte und sich entsprechend nicht darauf vorbereitet hat. Deshalb muss nun eine interkommunale Verständigung über die Konzentration auf wenige zentrale Projekte und Maßnahmen kurzfristig folgen. Dazu gehört auch die plausible Kommunikation, was



Hilfen für Projekte für die Zukunft der Region erbringen sollen. Bisher sind die Vorstellungen der Region zum Strukturwandel nur ein Sammelsurium von zahlreichen Einzelprojekten sowie unkonkreten Allgemeinplätzen („energieintensive Industrie“). Mit Forderungen nach Autobahnbau in der Hocheifel oder Unterstützung von Olympiabewerbungen als angeblicher Beitrag zur Bewältigung eines Braunkohle-Strukturwandels macht sich die Region nur noch lächerlich.

Region steht am Ende besser da als heute!

Welches Schienenverkehrsprojekt in der Region soll stark gemacht werden und wie ist sein konkreter Beitrag zum Strukturwandel, damit der Bund überzeugt werden kann, es in der Bundesverkehrswegeplanung höher zu priorisieren? Welche Bundeseinrichtung könnte in der Region angesiedelt werden? Wie könnte der Beitrag des Bundes aussehen, die jetzt oder in Kürze nicht mehr benötigten Kraftwerksflächen einer zukunftsfähigen Entwicklung zuzuführen? Welche Maßnahmen helfen, die schon hervorragende Forschungslandschaft der Region noch weiter zu verbessern? Diese und andere Fragen muss die Region schnell beantworten.

Wie beim Steinkohlenbergbau und der Atomkraft muss darüber hinaus die Frage geklärt werden, wie die Rückstellungen für Bergbaufolgen vom Schicksal des Unternehmens entkoppelt und so gesichert werden. Es darf nicht geschehen, dass die Region am Ende mit den Alt- und Ewigkeitslasten der Braunkohle alleine dasteht. Hierfür gilt es jetzt Vorsorge zu treffen und aus den bisherigen Erfahrungen Steinkohle und Atom zu lernen. Das setzt aber auch ein Ende des oft erschreckend blinden Vertrauens vieler Verantwortlicher der Region in scheinbar ewigen Gestaltungswillen und -fähigkeit von RWE voraus.

Die Region muss den Kohleausstieg und den jetzt von der Bundesregierung eingeleiteten Prozess als Chance und nicht als Bedrohung wahrnehmen. Mit guter und geschickter Aufstellung wird sie ohne die Belastungen durch den Braunkohlebergbau und die -verstromung in Zukunft nach dem Ende der Kohle besser dastehen als heute.

Oliver Krischer

Bundestagsabgeordneter



HOCHWASSERRÜCKHALTEBECKEN

Aktuelle Infos zu den geplanten Hochwasserrückhaltebecken in Rott und Mulartshütte

Liebe Roetgener/Innen, im November 2014 habe ich Sie in diesem Blättchen über den neuesten Stand der Planungen zum Hochwasserschutz informiert. Damals sind wir davon ausgegangen, dass das Planfeststellungsverfahren in Kürze eröffnet werden und die Einwendungsfrist für Betroffene und Verbände beginnen würde.

Doch entgegen dieser Ankündigung durch den damals zuständigen Herrn Meurer beim WVER passierte nichts. Auch die dann für das Frühjahr 2017 angekündigte Eröffnung erfolgte nicht. Unsere Verwaltung hatte während der ganzen Zeit keinerlei Informationen, so dass wir fast schon gehofft hatten, das ganze Vorhaben sei vom Tisch.

Doch plötzlich und unerwartet stand am Dienstag, dem 08. Mai 2018, ein großer Artikel in der Zeitung, in dem es um die Hochwassersituation in Stolberg im Bereich Atscher Schnorrenfeld ging, und in dem ganz beiläufig diese Hochwasserbecken – noch erheblich größer als zuvor geplant - als aktuell erwähnt wurden, und dass die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens kurz bevor stehe.

Verwaltung nichts bekannt

Da unserer Verwaltung wieder nichts bekannt war, wurde auf Antrag der Grünen Fraktion ein Mitarbeiter des WVER in den Bauausschuss am 05.06.18 eingeladen.

Herr Hoffmann informierte uns nun, dass es sich um einen Übermittlungsfehler an die Presse gehandelt habe und das Verfahren statt in 2018 erst im Jahre 2019 eröffnet werden würde. Man sei derzeit dabei, die Grundlagenplanung anzupassen, da neue statistische Werte zu Niederschlagsmengen vorlägen und die Becken nun erheblich größer geplant werden müssten

(Variante (V) 3 soll von 820.000 m³ auf 900.000 m³ und V 4 von 400.000 auf 450.000 m³ Speichervolumen steigen).

Keinerlei Details

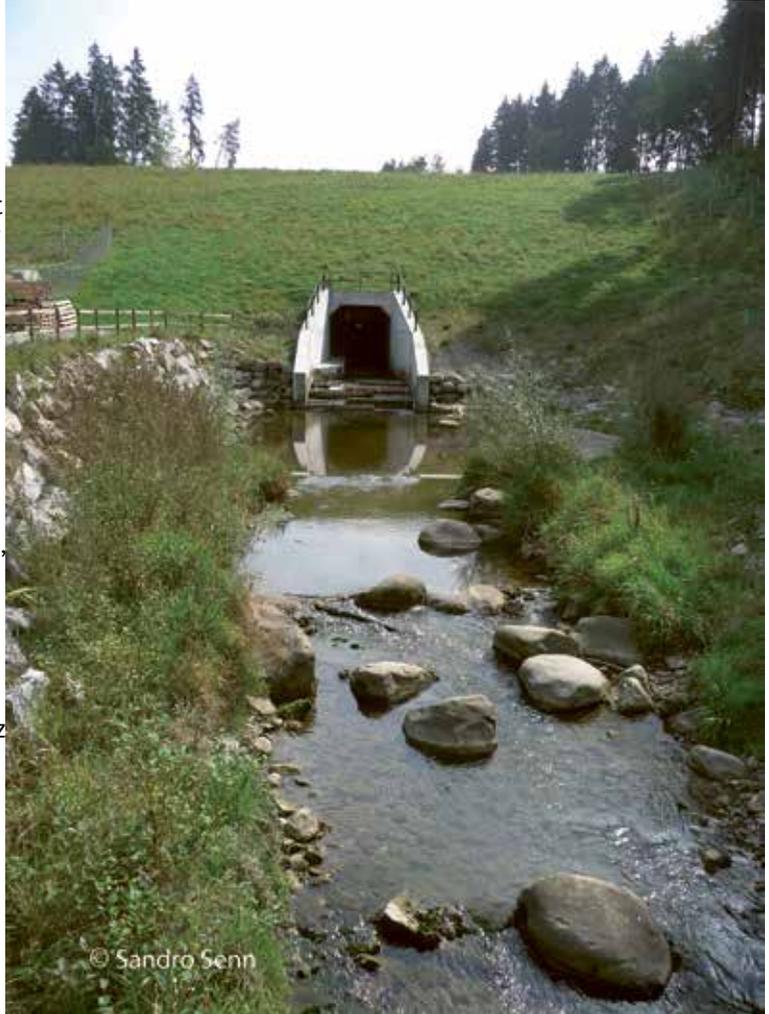
Leider lieferte Herr Hoffmann außer diesen Zahlen keinerlei Details zu Lage, Höhe oder Breite der Dämme. Somit blieben wir alle ein wenig ratlos und frustriert zurück, zumal auch die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Nutzung der Dreilägerbachtalsperre oder Umleitung des Weserbaches als undurchführbar weggeschmissen wurden.



Herr Hoffmann betonte nochmals die unbedingte Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen, da Stolberg zur Zeit nicht einmal vor einem 20-jährlichen Regenerereignis geschützt sei, gesetzlich sei jedoch ein 100-jährliches Regenerereignis für die Berechnungen zu Grunde zu legen, und nur mit diesen Becken und allen anderen Maßnahmen in Stolberg selber sei dieser Schutz zu realisieren.

Leider werden diesen Maßnahmen dann sowohl das Auenland als vermutlich auch der neue Waldkindergarten zum Opfer fallen.

Ich frage mich natürlich, wie können innerhalb kurzer Zeit (also während eines Regenerereignisses) zwei solche gigantischen Becken alleine durch den Zulauf des Vichtbaches gefüllt werden?



Klimaveränderung

Ein großes Problem für mich ist die Tatsache, dass keinerlei Anstrengungen unternommen werden, die Ursachen zu bekämpfen, die nicht nur in der Klimaveränderung, sondern auch in der ständig zunehmenden Versiegelung der Flächen liegen.



Die alte Landesregierung hatte in ihrem neuen LEP (Landesentwicklungsplan) das hehre Ziel vorgegeben, den täglichen Flächenverbrauch von 10 ha auf zunächst 5, und nach und nach auf 0 ha zu reduzieren. Die neue Landesregierung unter CDU und FDP hatte jedoch nichts eiligeres zu tun, als diesen LEP wieder zu ändern und den gesamten Passus herauszunehmen. Somit ist der hemmungslosen weiteren Zerstörung von natürlichen Rückhaltevolumina Tür und Tor geöffnet.

Planungsdaten vorab

Abschließend teilte Herr Hoffmann mit, dass vor Beantwortung aller offenen Fragen erst die Detailplanung erfolgen müsse und bot an, vor dem offiziellen Beginn des Planfeststellungsverfahrens den Sachverhalt im Bauausschuss vorzustellen und die Planungsdaten vorab zur Verfügung zu stellen.

Man erklärte sich also tatsächlich bereit, uns Roetgener vor der offiziellen 4-Wochen-Frist darüber zu informieren, welche unfassbar gigantischen Dämme auf unserem Gemeindegebiet errichtet werden sollen. Ich finde, das ist doch ungeheuer großzügig vom WVER, oder?

Liebe Bürger/Innen, bitte bleiben Sie wachsam und verfolgen die Mitteilungen in der Presse. Wir sollten diese Maßnahmen nicht einfach so hinnehmen. Damals (2013/2014) hatte sich schon eine Gruppe aus Betroffenen und Umweltverbänden

gebildet und sich mehrmals getroffen, um Fakten und Argumente auszutauschen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn es gelänge, diese Gruppe wieder zum Leben zu erwecken, und ich lade Sie alle herzlich ein, sich anzuschließen und mit uns hier zu engagieren.

Bei Interesse können Sie sich gerne an mich wenden:

gudrun.messing@gruene-roetgen.de

Gudrun Meßing

Ratsmitglied



TERMINE



Thomas Freitag mit dem Programm: “Europa, der Kreisverkehr und ein Todesfall”

© *Pepijn Vlasman*

13. Oktober um 20:00 - 22:00 BÜRGERSAAL VVk 18,00 zzgl. Geb,
Abendkasse 25,00 €

26. Oktober, 19.30 Uhr im Brunnenhof Roetgen, „Den Kohleausstieg als
Chance begreifen“ mit Oliver Krischer

27. Oktober Obstpressaktion des Heimat- und Geschichtsvereins Roetgen
Die diesjährige Obstpressaktion des Heimat- und Geschichtsvereins Roetgen
zusammen mit dem Verein BiNE e.V. aus Eschweiler findet am 27.10.2018 auf
dem Marktplatz in Roetgen statt.

4. November Wahlsonntag mit Wahl des/der Städteregionsrates/Städte-
regionsrätin

5. November Gründungsversammlung des ZWAR-Netzwerkes in Roetgen,
im **Bürgersaal Roetgen**
Infos zum ZWAR-Netzwerk unter www.zwar.org

17. November um 19:30 1. Roetgener Blues und Rocknacht, im Bürgersaal
Roetgen, Eintritt: 8,50 €

18. November Mögliche Stichwahl für den/der Städteregionsrat/Städte-
regionsrätin



NISTHILFEN-BASTELAKTION

Die Frühjahrs-Pflanzenbörse des Roetgener Gartentreffs im Mai 2018

stand unter dem Motto „Roetgen summt und brummt.“ Die Grünen in Roetgen haben das aufgegriffen und sich mit einer Bastelaktion für Kinder daran beteiligt. An dem Nachmittag bastelten viele Kinder und Erwachsene etwa 100 Nisthilfen für Wildbienen.



Wildbienen haben z.T. sehr spezielle Ansprüche an ihren Lebensraum. Es gibt eine ganze Reihe von Arten, die gerne in vorhandenen Röhren ihre Brutzellen anlegen. Das können wir uns zunutze machen und Nisthilfen herstellen, die viele hohle Pflanzenstängel enthalten. In eine Blechdose gepackt bleiben die Halme trocken und geschützt und können gut an einer sonnigen Stelle aufgehängt werden.

Nun kann man beobachten, wie die kleinen Tiere mit großem Fleiß ihren Nachwuchs versorgen. Und im Frühjahr – die ersten Mauerbienen schlüpfen meist ab Anfang März – kann man zuschauen, wie sich die jungen Bienen durch die Lehmdeckelchen der Röhren nach draußen knabbern.

Wir wünschen den Bastler*innen viele schöne Beobachtungen. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung (christa.heners@gruene-roetgen.de).

AUS DEM LUSTIGEN GEMEINDERATSLEBEN



Nestflüchtling